

---

Umfragenname (ID): Consultation concernant la réforme des  
institutions (R21) (46287)

---

Frage: Ihre Antwort

Datum Abgeschickt: 2014-02-13 11:34:07

Referenzen

Name der Organisation: Piratenpartei Wallis (PPVS)

Datum: 13.02.2014

I - Der Kanton : Staatsrat

1. Sind Sie für die Erhöhung der Anzahl Staatsräte von 5 auf 7?: Ja [Y]
2. Sind Sie dafür, dass die Mitglieder des Staatsrates nach dem Majorzsystem gewählt werden?: Nein [N]
3. Sind Sie dafür, dass in der Verfassung festgehalten wird, dass mindestens ein Staatsrat aus dem Oberwallis, dem Mittelwallis und dem Unterwallis stammt?: Ja [Y]
4. Sind Sie für die Abschaffung der Regel, wonach pro Bezirk nicht mehr als ein Staatsrat gewählt werden kann?: Ja [Y]

I - Der Kanton : Grosser Rat

5. Sind Sie für die Reduktion der Anzahl Grossräte?: Nein [N]
  6. Sind Sie für die Abschaffung der Grossrats-Suppleanten?: Nein [N]
- Sind Sie für die Reduktion der Anzahl Grossrats-Suppleanten?: Nein [N]
7. Sind Sie für eine Unterscheidung des Status von Grossräten und Suppleanten?: Ja [Y]
  8. Sind Sie für eine Neudefinierung der Wahlkreise für die Wahl der Mitglieder des Grossen Rates?: Ja [Y]

Welche Lösung befürworten Sie?: Pukelsheim-Modell (doppelter Proporz), mit 3 Wahlkreisen und Unterwahlkreisen [A3]

Sonstiges:

I - Der Kanton : Zwischenstruktur und Präfekte

9. Sind Sie dafür, dass die Verfassung zwischen Kanton und Gemeinden eine Zwischenstruktur vorsieht?: Nein [N]
10. Sind Sie für die Aufrechterhaltung der Funktion des Präfekten?: Nein [N]
11. Haben Sie andere Bemerkungen oder Vorschläge betreffend die kantonalen Instanzen (Staatsrat, Grosser Rat, Präfekten, etc.)?: Das Thema der Unvereinbarkeit von Mandaten wurde leider bei R21 Bericht nicht behandelt. Dies hätten wir gerne auch präziser geregelt. Wir sind für die Erhöhung auf 7 Staatsratssitze aber gegen die Reduktion der Sitze im Grossrat (inkl. Suppleanten). Politik profitiert von einer hohen Anzahl unterschiedlicher Standpunkte.

II - Die Gemeinden : Gemeinderat

12. Sind Sie dafür, dass der Gemeinderat zwischen 5 und 9 Mitglieder zählt?: Ja [Y]

II - Die Gemeinden : Generalrat

13. Sind Sie dafür, die Gemeinden mit vielen Einwohnern zur Einführung eines Generalrates zu verpflichten?: Ja [Y]

Sollte Ihrer Meinung nach die Verpflichtung Gemeinden betreffen, die:: mehr als 5'000 Einwohner haben [A2]

Sonstiges:

II - Die Gemeinden : Gemeindefusionen

14. Sind Sie für eine entschlossenerere Politik des Kantons betreffend Gemeindefusionen?: Nein [N]

15. Sind Sie für die Einführung einer Gemeindepräsidentenkonferenz des Wahlkreises?: Nein [N]

II - Die Gemeinden : Politische Rechte

16. Sind Sie für die Einführung des fakultativen Referendums gegen Beschlüsse der Urversammlung?: Ja [Y]

17. Sind Sie für die Verallgemeinerung des Gemeindeinitiativrechts?: Ja [Y]

II - Die Gemeinden : Burgerschaften

18. Sind Sie dafür, die Burgerschaften zu verpflichten, einen eigenen Burgerrat zu haben?: Nein [N]

19. Sind Sie dafür, der Burgergemeinde die Möglichkeit zu bieten, mit der entsprechenden Einwohnergemeinde zu fusionieren?: Nein [N]

Welche Massnahme(n) schlagen Sie vor, um den Fortbestand der Burgergemeinden zu gewährleisten, insbesondere von denjenigen mit finanziellen Schwierigkeiten?: Wir legen keine Priorität auf den Fortbestand der Burgergemeinden

Sind Sie insbesondere für folgende Massnahmen? (es ist möglich mehrere Felder anzukreuzen)::

Gesetzlich verankern, dass die Einwohnergemeinde verpflichtet ist die Burgergemeinde zu finanzieren oder subventionieren.:

Gesetzlich verankern, dass die Einwohnergemeinde verpflichtet ist das Defizit der Burgergemeinde ganz oder teilweise zu decken.:

Der Burgergemeinde die Möglichkeit geben, eine Steuer von den Burgern zu erheben.:

Andere Massnahmen (zu präzisieren):

20. Haben Sie andere Bemerkungen oder Vorschläge betreffend die kommunalen Instanzen (Gemeindefusion, Burgergemeinde, etc.)?: Wir sprechen uns gegen einen Fusionszwang für Gemeinden aus und vertreten die Ansicht, dass die Gemeindefusionen von den Gemeinden selber angestrebt und nicht vom Kanton diktiert werden sollen.

III - Allgemeine Bestimmungen : Dauer der Mandate

21. Sind Sie für die Erhöhung der Mandatsdauer der kantonalen und kommunalen Behörden auf 5 Jahre?: Ja [Y]

III - Allgemeine Bestimmungen : Datum der Wahlen

22. Sind Sie dafür, dass die kantonalen Wahlen im Herbst durchgeführt werden?: Ja [Y]

IV - Bemerkungen und Vorschläge

23. Ganz allgemein, haben Sie andere Bemerkungen oder Vorschläge betreffend die Reform unserer Institutionen?: Die Piratenpartei Wallis sieht eine starke Notwendigkeit von Reformen in den drei verfassungsmässigen Ebenen des Kantons. Neben der Optimierung der Behördenstruktur, besonders bei der Verbesserung der demokratischen Bürgerbeteiligung und dem Ausbau der Transparenz. Daher unterstützen wir einen Grossteil der Vorschläge der Reformkommission R21, jedoch nicht alle Ansätze!

Unsere komplette Position haben wir auch hier veröffentlicht:

<https://vs.piratenpartei.ch/wallis-revision-r21-position/>